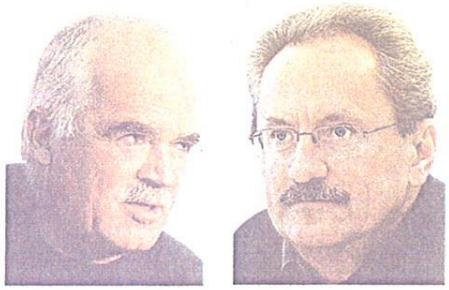
Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Die griechische Misere und ein Trost aus Bremen

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Lieber Peter,

beim Griechenland-Thema fühle ich mich tatsächlich immer unwohler in der Rolle eines Europa-freundlichen Verteidigers der EU-Hilfen und EU-Auflagen, das hast Du immerhin schon erreicht.

Bei den Hilfen fühle ich mich unwohl, weil sich doch immer mehr Zweifel einschleichen, wie viel davon eines fernen Tages zurückgezahlt werden kann – und wie viel nicht. Und an den Auflagen zweifle ich, weil es ja längst nicht mehr darum geht, die Verteilung von Wohltaten zu unterbinden, die die Geberländer ihren Bürgern auch nicht so ohne weiteres zukommen lassen können; nein, inzwischen geht es um Einschnitte, die so dramatisch und schmerzhaft sind, dass man nicht nur aggressive Demonstrationen und nicht enden wollende Arbeitskämpfe fürchten muss, sondern sogar einen Zusammenbruch des sozialen Friedens und der Wirtschaft insgesamt. Verheerende Aussichten.

Der Rat, einfach ein „Schuldenmoratorium" zu erklären, ist leichter erteilt als befolgt. Was sich bei dem von Dir zitierten Beirat wie der Versand einer alltäglichen Presseerklärung darstellt, wäre in Wahrheit ja wohl ein tiefer Einschnitt, der den Zusammenbruch jedweder Kreditwürdigkeit zur Folge hätte und damit auch einen Absturz in ökonomische Handlungsunfähigkeit. Soll das wirklich der Weisheit letzter Schluss sein?

Die Vorzüge einer abgewerteten Drachme, die Du empfiehlst, hat Griechenland übrigens jahrzehntelang genießen dürfen – es waren die Jahrzehnte bitterster Armut und wirtschaftlicher Stagnation auf niedrigem Niveau. Irgendwie fällt mir auf, dass wir beide beim Zerpflücken der Position des anderen wesentlich überzeugter und überzeugender sind als bei der Präsentation eines besseren Lösungsvorschlags. Gibt es am Ende gar keinen?

Einen möchte ich wenigstens machen: Die griechische Regierung sollte sich nicht dazu verleiten lassen, die kleinen Leute bis zu deren Radikalisierung zu schröpfen, sondern sich endlich einmal des neureichen Milieus annehmen, das tatsächlich durch Villen, Swimmingpools, Luxusautos und Jachten provoziert, in den vergangenen Jahren nur lächerlich geringe Steuern gezahlt hat und schon in den ersten Tagen der Finanzmarkt-Irritationen mehrere Milliarden Euros in Athener Banken abräumen und ins Ausland überweisen konnte. Da besteht weiß Gott Handlungsbedarf, ganz gleichgültig, für welchen Weg der Bewältigung der Schuldenkrise sich die Hellenen entscheiden. Gerade wenn drastische Einsparungen unvermeidlich sind, kommt es mehr denn je auf die soziale Symmetrie an, wenn man vermeiden möchte, dass einem der ganze Laden um die Ohren fliegt.

Diese Erkenntnis halte ich für richtig und wichtig, aber ich weiß auch, dass sie nicht ausreicht, um die Misere abzuwenden. Reden wir lieber über Deutschland. Was sagst Du zu Bremen?

Nachdem die Sozialdemokratie von manchen Medien, die wie Fettaugen auf jeder Welle oben mitschwimmen, Ende letzten Jahres schon für siechtumsgefährdet erklärt wurde, hat sie sich doch in den letzten Landtagswahlen munter behauptet: Sie regiert weiter in Bremen, prozentual sogar gestärkt, im Bündnis mit einem Partner, der freilich noch stärkeren Zuwachs erfahren hat.

Hast Du Dir jemals vorstellen können, dass „Große Koalition" und „Rot-grünes Bündnis" einmal identisch sein würden? In Bremen ist es so weit. In Hamburg kann die SPD allein regieren, das gefällt mir selbstverständlich noch besser. In Rheinland-Pfalz kann sie weitermachen, wenn auch leicht geschwächt und nur dank der erstarkten Grünen noch regierungsfähig. Und in Baden-Württemberg ist sie wenigstens Junior-Partner, was immer noch reizvoller ist als ewige Opposition. Dabei will ich die Situation ja gar nicht beschönigen. Die Sozialdemokratie leidet immer noch darunter, dass manch liebgewordene Beschlusslage den neuen Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs nicht gerecht wird, und dass manches Zugeständnis an einen marktliberalen Zeitgeist die soziale Glaubwürdigkeit beschädigt hat. So müssten eigentlich „Traditionalisten" und „Modernisierer" gleichermaßen daran arbeiten, auf neue Fragen neue Antworten zu geben, statt nur die jeweils andere Seite als Problem und sich selbst als die Lösung zu sehen. An Themen, bei denen man beweisen könnte, dass man auf der Höhe der Zeit ist, mangelt es ja wahrlich nicht. Griechenland und die Währungspolitik ist ja nur eines davon. An die Arbeit!

Dein Christian

PS: Gestern war ich in Mailand, um Wahlkampf zu machen. Die lombardische Hauptstadt gilt als die politische Zukunftswerkstatt der Republik, hier wurde jedes nationale Modell, von Mussolinis Faschismus bis zum Mitte-Links-Bündnis, von der Lega Nord bis zum Berlusconi-Regime schon einmal regional getestet. Am Sonntag kommt die Stichwahl. Gegen eine Berlusconi-Vertraute tritt für ein Linkes Bündnis der frühere Justizminister Guiliano Pisapia an. Im ersten Wahlgang hatte er die Nase vorn mit 48 zu 41 %. Ich drücke ihm die Daumen, weil ein Wechsel in Italien, der im Falle seines Sieges für möglich gehalten wird, wenigstens ein Hoffnungsschimmer wäre in einem Europa, das weit über 20 konservative Regierungen zählt und Sozialdemokraten bald nur noch als Leitung von Armenhäusern kennt.